

## Entwurf: Resolution zu Stellenabbau bei der Funke-Mediengruppe

### **Kündigungen sind kein Geschäftsmodell**

Die Bundeskonferenz der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di verurteilt den geplanten Abbau von mindestens 150 von 6.000 Arbeitsplätzen bei der Funke Mediengruppe. Die Schließung von Druckereien, Redaktionen und Verlagsabteilungen ist kein Geschäftsmodell – sondern Abbau von publizistischer Vielfalt. Wenn Geschäftsführer Ove Saffe wirklich davon überzeugt ist, dass wir “mehr denn je guten, verlässlichen Regional- und Lokaljournalismus” brauchen, dann muss sich die Funke-Mediengruppe als privilegiertes Medienunternehmen der Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft stellen und auf die geplanten Stellenstreichungen verzichten.

Gerade Medienkonzerne wie die Funke-Gruppe sind rechtlich und finanziell privilegiert. Für sie gilt der Tendenzschutz, ihre Produkte fallen unter den reduzierten Mehrwertsteuersatz. Das sollte die Geschäftsführung dazu verpflichten, von Gewinnmaximierung auf Biegen und Brechen Abstand zu nehmen und stattdessen publizistisch zu denken und sich für Medienvielfalt zu engagieren. Anstatt vielen Beschäftigten die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu nehmen, sollte die Funke-Mediengruppe zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Geschäftsmodelle und Ideen entwickeln, die den Regional- und Lokaljournalismus der Funke-Zeitungen attraktiv und überlebensfähig für die Zukunft machen. Dafür ist auch die Ausbildung von Volontärinnen und Volontären unverzichtbar.

Die dju-Bundeskonferenz fordert die Funke-Mediengruppe zudem auf, Stellenabbau in Verlag, Druckereien und Redaktionen nicht gebetsmühlenartig mit dem gesetzlichen Mindestlohn für Zusteller zu begründen. Auch Zeitungszusteller haben ein Anrecht auf angemessen Lohn. Eine angemessene Entlohnung auch ihrer Zusteller ist im Eigeninteresse der Verlage, die für diese Tätigkeit inzwischen bundesweit immer weniger Interessenten finden.